

PM 008/2009: Undurchsichtige Gagfah-Verkäufe sind Quittung für schlechte Sozialcharta

Nach gestrigem Urteil sollte Erhalt des Reichenauer Weges möglich werden

Zu den Meldungen über vermehrte Wohnungsverkäufe der Gagfah und Verunsicherung der Mieter äußert sich der sozialpolitische Sprecher Jens Hoffssommer:

"Jetzt bekommen die Mieterinnen und Mieter die Quittung für die schlechte Sozialcharta, die die "WOBA-Koalition" aus CDU, FDP und Teilen von PDS und Bürgerfraktion sehenden Auges beschlossen hat. Die Stadt hat gemäß des Vertrages mit der Gagfah weder eine Handhabe gegen die Verkäufe an sich, noch gegen die schlechte Mieterinformation, noch gegen das Übergehen von Mieterkaufwünschen, solange im Block verkauft wird.

Allerdings sollte die Stadt nun genau überprüfen, ob der vereinbarte Kernbestand von 35.000 Wohnungen noch eingehalten wird." Leider ist der nächste Wohnbeirat am kommenden Dienstag wegen angeblich fehlender Themen abgesagt worden! Die Fraktion fordert nun die Neueinberufung des Wohnbeirates und erwartet, dass dann detaillierte Informationen zu den Verkäufen von der Gagfah vorgelegt werden."

Zum gestrigen Gerichtsentscheid zu Gunsten zweier Mieter im Reichenauer Weg, Stadtrat und MdL Karl-Heinz Gerstenberg:

"Die Richterin hat weise entschieden. Wir gratulieren den Jelitzkes für ihre Standhaftigkeit! Alle Kraft muss nun in den Erhalt des sozialen Zentrums des Wohngebietes fließen. Die Stadt hätte dem Abriss dieses Blockes nie zustimmen dürfen! Leider sind die meisten Mieter schon ausgezogen. Daher kommt der Vorschlag der Volkssolidarität, dort ein betreutes Wohnprojekt einzurichten, genau richtig. Die Gagfah sollte den Vorschlag annehmen und die Stadtverwaltung sollte sich für ihn ernsthaft einsetzen statt nur "nicht im Weg zu stehen"."

Hintergrund: Die Dresdner Presse berichtete mehrfach (z.B. heute SZ) über vermehrte Wohnungsverkäufe der Gagfah und mangelhafte Information der Mieter.

Die Dresdner Morgenpost berichtete heute, dass Rita (64) und Alfred Jedlitzke (81) in ihrer Wohnung im Reichenauer Weg wohnen bleiben können. Sie hatten gegen die Kündigung der Gagfah wegen Abriss geklagt und gestern vorm Amtsgericht Recht bekommen. "Wegen Begründungsmängeln in der Kündigung." Dass in einem Wohngebiet ausgerechnet der gut belegte Block mit Sparkasse, Friseur, Blumenladen, Bibliothek und Wohngebietstreff "Marie" abgerissen wird, ist in der Tat nicht nachvollziehbar. Die Stadtverwaltung hatte noch nach dem Beschluss des Stadtrates, den Abriss zu überprüfen, in einem städtebaulichen Vertrag mit der Gagfah genau diesen Abriss besiegelt!

Anett Ramisch Pressereferentin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Dresden